

Quickonomy

Nachrichten



Insel der Unabhängigen 8
Güssing hat sich von der Nutzung fossiler Energie losgesagt. Die burgenländische Kleinstadt ist energieautark.

Im Wettlauf mit Energiefressern 11
Joseph Reger, Fujitsu Siemens Computers, über Akku-Betriebszeiten und die Strategie, in Europa zu produzieren.

Tirol in der Zwickmühle 19
Gletschnahe Kraftwerksprojekte führen zu einer neuen Eiszeit im Land Tirol.



Mythos Wind..... 20
In windstillen Zeiten müssen konventionelle Kraftwerke den Strom liefern.

„Niemand alleine essen“ 30
Keith Ferrazzi gilt als einer der besten Netzwerker unserer Tage. Sein Tipp: zuerst geben und dann nehmen.

Kommentare

Völlig losgelöst von der Erde 24
Dass die Abhängigkeit der Industriestaaten vom Öl nicht der Stein der Weisen sein kann, hat selbst Bush erkannt.

Wenn der Kunde König wird 24
Über den Umgang der Mobilkom mit ausländerfeindlichen Kärlern.

Auf die Sprünge helfen..... 24
Taten sind gefragt: Die hohen Spritpreise animieren die Konsumenten zum Sparen.

Energiereserve neu: Sparen..... 32
Bislang nutzen wir eine Energiequelle kaum: das Energiesparen.

Intelligenztest für Blondinen 32
Louis Sullivans Gestaltungsleitsatz „Form follows Function“ im Praxistest.

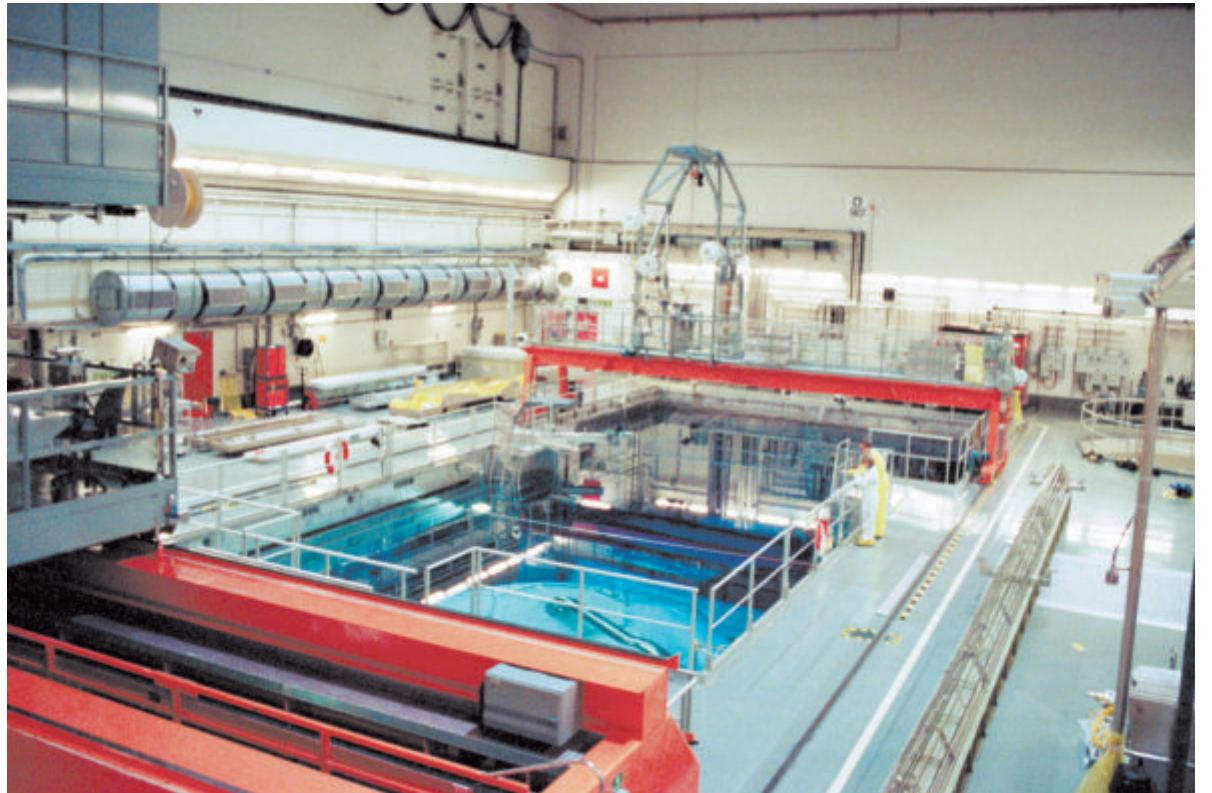
Standards

Special Innovation 13 bis 16
Zahlenspiel 18
Dossier ab 25
Schnappschuss 30
Reaktionen auf *economy* 31
Frage der Woche 31
Beratereck 32

IMPRESSUM

Economy Verlagsgesellschaft m.b.H., 1010 Wien, Gonzagagasse 12/13
Verleger und Geschäftsführung: Christian Czaak
Chefredaktion: Rita Michlits (rem), Thomas Jäkle (jake)
Redaktion: Gottfried Derka (gd), Bernhard Grabner (bg), Klaus Lackner (kl), Karin Mairitsch (kmai), Christian Prenger (pren), Clemens Rosenkranz (rose), Jakob Steuerer (jst)
Autoren: Cornelia Böhm, Lydia J. Goutas, Anne Helbig, Georg Konrad, Lydia Ninz, Christian Rupp, Hannes Stieger, Yunus Stoiber
Redaktion Special Innovation: Ernst Brandstetter (bra)
Lektorat: Elisabeth Schöberl
Webredaktion: Irina Šlosar
Artdirektion: Brigitta Bernart-Skarek
Illustrationen: Carla Müller, Kilian Kada
Illustration Titelseite: Carla Müller, Foto Titelseite: epa/Bradshaw
Internet: www.economy.at E-Mail: office@economy.at
Tel.: +43/1/253 11 00-0 Fax: +43/1/253 11 00-30

Alle Rechte, auch nach § 44 Abs. 1 Urheberrechtsgesetz:
Economy Verlagsgesellschaft m.b.H.
Druck: Luigard, 1100 Wien



Schweden deckt noch immer annähernd die Hälfte seines Strombedarfs mit Atomkraftwerken, auch wenn der schrittweise Atomausstieg schon seit 1997 beschlossene Sache ist. Foto: E.On/Sydkraft

Fortsetzung von Seite 1

Auch beim Wind sind die ergiebigsten Standorte schon längst besetzt. Die Biomasse, die auch als Grundlast verwendet werden kann, hat zwar noch Potenzial, allerdings um den Preis einer noch stärkeren Abhängigkeit von Importen. Die Alpenrepublik ist bei Biomasse jetzt schon Brennstoff-Nettoimporteur, bis zu einem Drittel wird aus den Nachbarländern zugeliefert.

Bereits heute kommt der Ausbau der erneuerbaren Energieträger die heimischen Privatkunden teuer zu stehen. Die Kleinabnehmer schultern einen anteilmäßig größeren Teil der Lasten an der Gesamtbürde als das Gewerbe oder gar die Industrie. Und der Ökostromboom wird sich in den nächsten Jahren bei den Kunden in immer höheren Zuschlägen niederschlagen. Im Jahr zahlt ein Wiener Durchschnittshaushalt (3.500 Kilowattstunden Verbrauch) je nach Lieferanten zwischen 500 und 650 Euro für den Strom, davon entfallen rund 26 Euro auf den Ökostrom. Diese Belastung wird bis zum Jahr 2008 auf rund 46 Euro ansteigen und in den Folgejahren wieder auf unter 40 Euro sinken.

Unterm Strich werden in Österreich heute schon zwei Drittel der Energie durch erneuerbare Quellen gedeckt, rechnet man die großen Wasserkraftwerke (über zehn Megawatt Leistung) dazu. Diese Anlagen sind aber langfristig sowieso wirtschaftlich und erhalten daher keine Zuschüsse. In Österreich, hinter Norwegen Vize-Europameister bei der Wasserkraft-Nutzung, werden alle Anlagen über dem willkürlich festgelegten Schwellenwert nicht zum Ökostrom dazugerechnet. Für die EU ist Wasserkraft ohne Größenunterschied erneuerbar.

Schweden will weder Kosten noch Mühen scheuen, eine ökologische Vorreiterrolle zu spielen. Als erstes Land der Welt will der skandinavische Staat unabhän-

gig vom Öl werden – sowohl bei Verkehr als auch bei der Wärmeerzeugung. Zieljahr ist das Jahr 2020, somit bleiben Schweden 14 Jahre, um die starke Anlage in Taten umzusetzen.

Schweden plant Ölausstieg

Als langfristige Begleitung des Programmes wurde im Budget eine Erhöhung der Mittel für Forschungen auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien auf knapp 90 Mio. Euro pro Jahr beschlossen. Weiters sollen Fernwärmekraftwerke massiv gefördert werden und auch Besitzer von Ein- und Mehrfamilienhäusern dazu angeregt werden, von der Ölheizung beispielsweise auf alternative Heizungssysteme wie Wärmepumpenheizung umzustellen.

Auf der Steuerseite sollen langfristig die Energiesteuern erhöht werden und gleichzeitig die Lohnnebenkosten im gleichen Maße gesenkt werden. Das Ministerium für nachhaltige Entwicklung plant, Autos und LKWs mit niedrigem CO₂-Ausstoß von der kürzlich eingeführten Stockholmer City-Maut auszunehmen. In anderen Städten werden Besitzern dieser Fahrzeuge Gratis-Parkplätze angeboten.

So weit die Pläne der Politik. Doch es gibt auch schon heftige Kritik an den hoch gesteckten Umweltzielen. „Wenn die Maßnahmen nicht schärfer angelegt werden, ist die Zielerreichung bis zum Jahr 2020 komplett unrealistisch“, erklärt Marian Radetzky, anerkannter Ökonom an der Universität Lulea im Norden Schwedens, im Gespräch mit *economy*. „Wir haben ohnehin bereits seit 1980 die Abhängigkeit vom Öl drastisch gesenkt. Das Problem ist, dass die Reduzierung des Ölverbrauchs in allen Sektoren gelungen ist – bis auf einen Bereich: Transport.“

„Im Jahr 1980 machte der Ölimport noch sechs Prozent des Bruttoinlandproduktes aus. 2004 lag der Wert nur mehr bei 1,2 Prozent“, rechnet Marian Radetzky vor. Das heißt, die Öl-

intensität der Wirtschaft ist im vergangenen Vierteljahrhundert auf ein Fünftel gesunken. „Wenn die Politik den Ölverbrauch weiter reduzieren will, muss sie zu effizienteren Mitteln greifen.“ Und dies hieße, dass die Energiepreise stark angehoben werden müssten.

Die Regierung in Stockholm hat sich über die Preispolitik bereits Gedanken gemacht. Sie will beispielsweise CO₂-neutrale Brennstoffe künftig von Energiesteuern ausnehmen und bereits laufende Steuerbefreiungen für erneuerbare Energie ausweiten. Im Gegenzug werden fossile Brennstoffe noch höher besteuert. Künftig will das skandinavische Land mit Hilfe von insgesamt 70 Kennzahlen ständig überprüfen, ob man sich konstant in Richtung Ölunabhängigkeit bewegt.

Langfristig hat sich Schweden auch zum Ausstieg aus der Atomenergie verpflichtet. Doch kurzfristig sieht es anders aus. „Es ist richtig, dass bereits Atomkraftwerke abgeschaltet wurden. Doch gleichzeitig wurde die Kapazität der verbliebenen AKWs erhöht – daher beträgt der Anteil des Atomstroms immer noch 50 Prozent“, so Radetzky. Ursprünglich wurde das Datum für den Atomausstieg mit dem Jahr 2010 festgelegt. Doch noch vor drei Jahren wurde die endgültige Abschaltung des Atommeilers Barsebäck verschoben, er wurde erst 2005 komplett heruntergefahren.

Island lässt sich mehr Zeit

Andere Länder, die sich die Ölunabhängigkeit auf die Fahnen geschrieben haben, lassen sich mehr Zeit. Island beispielsweise will erst im Jahr 2050 die vollkommene Unabhängigkeit vom Öl erreichen. Und das, obwohl Island einen gewaltigen Vorsprung hat – 70 Prozent der Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung laufen über geothermische Anlagen oder Wasserkraftwerke. Knackpunkt ist wie in Schweden der Transportsektor.